

Sozialistische Hochschulzeitung

10/11

#62 · SOZIALISTISCHE GRUPPE (SG) · HOCHSCHULGRUPPE ERLANGEN/NÜRNBERG
WWW.SOZIALISTISCHEGRUPPE.DE · SG@SOZIALISTISCHEGRUPPE.DE

Die Empörung der „Empörten“ ist verkehrt! Sie lebt von Illusionen über Krise, Demokratie und Marktwirtschaft

Europa spart – am Lebensunterhalt seiner Bürger. Die demokratischen europäischen Regierungen machen das Leben ihrer Völker dafür haftbar, dass ihre Wirtschaft zu wenig wächst und die Kreditwürdigkeit ihrer Nation im Eimer ist. Deswegen haben die verantwortlichen Staatsführer ihren Bürgern ein gewaltiges soziales Abbruchprogramm verordnet. Betroffene melden sich zu Wort und protestieren. Dass sie das tun, ist überfällig. Leider ist ihre Kritik verkehrt.

Aus einem Flugblatt an die Empörten:

Unter den Parolen „Empört euch!“ und „Echte Demokratie jetzt!“ habt ihr euch für europaweite Proteste zusammengetan. Ihr wollt etwas dagegen unternehmen: gegen ein Wirtschaftssystem, das, wie ihr sagt, die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer macht; gegen Politiker, Manager und Banker, die die Krisenprogramme machtvoll durchsetzen und damit zahllose Lebensperspektiven zerstören.

„Diese Politiker vertreten uns nicht!“

lautet euer Vorwurf an die Adresse der Regierenden, und da denkt ihr daran, dass eure materiellen Lebensinteressen bei der politischen Klasse ausgesprochen schlecht aufgehoben sind. Das ist kein Wunder, doch wenn man als Betroffener die Politiker, die Akteure des Krisenprogramms, ins Visier nimmt, steht man schon vor einer Entscheidung: Entweder man geht der Frage nach, welche Interessen diese Volksvertreter wirklich vertreten; dann stößt man unweigerlich darauf, dass demokratische Politik durch Krise und Boom hindurch eine *Räson* verfißt, die den Notwendigkeiten der Nation und des kapitalistisch wirtschaftenden Eigentums verpflichtet ist und definitiv nicht den Lebensinteressen der Leute, die dafür arbeiten müssen; dann wäre immerhin der Grund im Visier, dem man die eigene beschissene Lage zu verdanken hat, und im Übrigen auch die Frontstellung klar. Oder man ist von Zapatero, Papandreu und den anderen Figuren *enttäuscht*, weil sie das Geschäft der politischen Vertretung so *schlecht betreiben*, wo man doch von demokratischen Führern Besseres erwarten könnte – und ihr habt euch offenbar dafür entschieden: Politiker, Wirtschaftsführer und Bankenmanager – sie alle sind für euch *korrupt*, wie ihr in eurem Manifest „Echte Demokratie jetzt!“ beklagt. Ihr beschwert euch

über flächendeckenden *Amtsmissbrauch*, wie er eigentlich nicht sein müsste. Diese Absage an eine verkommene politische und wirtschaftliche Elite ist äußerst unkritisch, auch wenn ihr denen frech „haut alle ab!“ entgegen ruft. Sie gilt nämlich nur diesen Figuren, eben Zapatero, Papandreu und Co., lebt also von der Vorstellung, es könnte und sollte doch auch viel bessere, ehrlichere Politiker



Was man im „Kapital“ lernen kann
Siehe letzte Seite!

geben. Eure Absage gilt überhaupt nicht den demokratischen Ämtern, kraft derer die Politiker ihre Krisenpakete schnüren, sondern allenfalls dem Geld, das sie damit verdienen. Habt ihr euch schon einmal überlegt, wie läppisch das – die persönliche Bereicherung im Amt – im Vergleich zu den legitimen Machtbefugnissen ist, die sich die Politiker damit erwerben?

Vermutlich nicht, sonst würdet ihr nicht „Echte Demokratie jetzt!“ fordern. Ausgerechnet Demokratie: Das Volk darf unter mehreren Machtfiguren auswählen, und die gewählte Regierung ist dann streng demokratisch *ermächtigt*, in aller Freiheit, ohne Rücksichtnahme auf die Wähler, den Erfolg des nationalen Standorts zu betreiben – so buchstabieren sich „demos“ und „kratein“ in der reinsten Demokratie, die es gibt! Und ihr? Ihr wollt echte demokratische Wahlen, also Politiker in Ämter hieven, die ihnen überhaupt erst die Macht über euch und eure Lebensumstände geben. Und dann fällt euch ein, dass man die Bande der Mächtigen aber ganz genau *kontrollieren muss!* Eine Schnapsidee, mal ganz abgesehen von den Forderungen, mit denen ihr ganz „konkret“ sein wollt: Ihr verlangt „Anwesenheitspflicht“ im Parlament und „mehr Arbeit“ für die Politiker: Parlamentarische Arbeit, mit der gerade eben die Rente wieder gesetzlich einwandfrei gekürzt wird – ihr könnt euch doch nicht im Ernst *mehr davon* wünschen!?

„Ziel und Absicht des derzeitigen Systems sind die Anhäufung von Geld, ohne dabei auf den Wohlstand der Gesellschaft zu achten“,

ist einer eurer kritischen Kernsätze über den Kapitalismus, der euch empört. Dass sich alles →

Mehr Schulden für den Euro

Ökonomischer Widerspruch
und imperialistischer Sinn einer schon
wieder „alternativlosen“ Ausweitung
der Staatsschuld

GEGENSTANDSPUNKT VORTRAG & DISKUSSION

Donnerstag, 20. Oktober, 20 Uhr

K4, Weißer Saal, Königstr. 93, Nürnberg

Drei Jahre nach dem Zusammenbruch des Finanzsystems im Gefolge der Lehman-Pleite ist es wieder so weit. Wenn das spekulative Vermögen globaler Finanzkapitalisten nicht erhalten bleibt, das in griechischen, portugiesischen, spanischen, italienischen Staatsschulden steckt, wenn sie diese Papiere in großem Stil abstoßen, weil sie ihnen den Wert nicht mehr zumessen, den sie ihnen einmal zugemessen haben, dann droht von neuem ein Crash der Banken, die Verflüchtigung aller Ersparnisse, der Zusammenbruch des Geldverkehrs und überhaupt das Ende des Geldes, in dem die europäischen Staaten wirtschaften. Und klar ist auch: Ökonomisch ist der Wert dieser Staatsschulden schon dahin; erhalten bleibt er nur, wenn ihn die Geldkapitalisten gegen ihr eigenes Urteil von der Politik garantiert bekommen.

Dafür gefordert sind Bürgschaften und Kapitalhilfen von Euro-Staaten, die noch Kredit haben, also Schulden machen können, für die sie mit ihrem Staatshaushalt und Steueraufkommen einstehen. Wenn nun der deutsche Steuerzahler als das entscheidende Subjekt der neuen Runde der Finanzmarkt-Rettung gehandelt wird, das einerseits geschont, andererseits für die notwendigen Maßnahmen gewonnen werden müsse, dann ist das gelogen: Regierungen machen von der Zustimmung der Leute nicht abhängig, was sie national und europapolitisch nötig finden. Umgekehrt stimmt die Sache schon: Natürlich sind es immer die Bürger, die mit ihren Steuern für die souveränen Beschlüsse der Finanzpolitiker gerade stehen.

Also wird den Deutschen auch erklärt, warum ihre Regierung die Risiken eingeht, die sie tragen müssen; zum Beispiel mit der sympathischen Zusicherung, dass sie garantiert nur für egoistische deutsche Interessen rangenommen werden: Griechenland wird nicht für die Griechen gerettet, sondern „für uns!“ „Wir“, hört man, profitieren von allen Mitgliedsländern am meisten vom Euro, „wir“ können uns weder einen griechischen Rausschmiss, noch einen eigenen Austritt aus der Eurozone, noch gar ihren Zusammenbruch leisten. Alle Alternativen zu den gigantischen Rettungsschirmen wären sowieso noch teurer und in ihrer Wirkung desaströs. Die Kanzlerin und ihre Kollegen verlassen sich darauf, dass das nationale „Wir“ schon seine Wirkung tut und die angesprochenen Bürger bereit sind, sich für die weit und breit größten Nutznießer des Euro zu halten, nur weil sie als preiswerte Arbeitskräfte – irgendwie – an der erfolgreichen deutschen Wirtschaft beteiligt sind. In der Stunde der Gefahr dürfen die Leute an ihr Arbeiten- und Geldverdienen-Können, an das Ersparte, an die Kaufkraft der Renten und Löhne denken und das Missverständnis pflegen, Griechenland und der Euro müssten ↓

↓ gerettet werden, damit ihr sogenannter Wohlstand erhalten bleibt.

Dabei zeigt der Abstand zwischen der Welt der staatlichen und privaten Großfinanz (den Bankbilanzen, der Bonität ganzer Länder, den vielen hundert Milliarden des EFSF) und dem alltäglichen Leben (mit den paar tausend Euro, die es kostet) umgekehrt nur, welchen viel wichtigeren Zwecken dieses nachgeordnet ist. Es ist nichts als ein kleines Anhängsel kapitalistischer und imperialistischer Großtaten, bei denen es um ganz andere Dinge geht, als um den Lebensunterhalt einfacher Bürger. Für diese Ziele werden die Bürger in Dienst genommen und von ihrem Erfolg wird deren Lebensunterhalt und Leben abhängig gemacht.

Täglich bekommen die Deutschen zu hören: „Wir“ brauchen den Euro. „Wir“ brauchen stabile europäische Banken. „Wir“ brauchen das Vertrauen internationaler Anleger in die Staatsschulden der Euro-Länder. „Wir“ brauchen den Europäischen Stabilitäts-Mechanismus. „Wir“ brauchen eine neue Ordnung in der Euro-Zone, die Defizit-Staaten die Souveränität über ihren Staatshaushalt wegnimmt. Aber warum und wofür „wir“ alles das brauchen – dazu hört man nur Unsinn. Der Vortrag wird es erklären.

Audiomitschnitte der GegenStandpunkt-Veranstaltungen im Internet:
<http://doku.argudiss.de>

POLITISCHE VIERTELJAHRESZEITSCHRIFT

GEGENSTANDPUNKT

Das Ergebnis von 4 Jahren Krisenbewältigung: „Die Krise ist zurück!“

Brasiliens Aufstieg – eine imperialistische Erfolgsstory

Land und Volk im Dienst kapitalistischen Wachstums und nationaler Macht

Krisenbewältigung in Ungarn: Eine „nationale Revolution“ im Hinterhof der EU

Die unhaltbare Lage eines Transitlands zwischen West und Ost

Wie der Westen und Russland Weißrussland in die Krise gestürzt haben

Chronik – Kein Kommentar! 1 *Mikrokredite gescheitert?* 2 *Eine schöne Kontroverse über weltpolitische Verantwortung: Humanismus verpflichtet Deutschland zum Krieg – „wo immer das geht“!* 3 *Noam Chomsky in Köln: Kleine Studie zur Debattenkultur* 4 *Die FAZ zieht die Lehre aus Ehec: „Lebensmittel“ sind ein „Risiko“* 5 *Das „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“: Mit dem Jobwunder aus dem Ein-Euro-Job-Gefängnis* 6 *Zu den Protestbewegungen „Die Empörten!“, „15-M“ und „Echte Demokratie jetzt!“: Eure Empörung ist verkehrt – sie lebt von Illusionen über Krise, Demokratie und Marktwirtschaft* 7 *Wettermoderator Kachelmann und IWF-Direktor Strauss-Kahn wegen Vergewaltigung vor Gericht: Prominente Männer ficken namenlose Frauen – wie ist die Rechtslage?* 8 *Neues aus dem Gesundheitssystem: Krankenkassen-Defizit einfach wegkonkurrieren!* 9 *Die Wirtschaft klagt über Fachkräftemangel: Radikaler Anspruch auf Qualifikation zu niedrigem Preis* 10 *Das Attentat in Norwegen: Ein Blutbad zur Rettung des christlichen Abendlandes* 11 *Deutsche Waffen für Saudi-Arabien? Ja + Aber = Aber immer!*



GegenStandpunkt 3-11

ISSN 0941-5831

144 Seiten

€ 15.–

Im Buchhandel erhältlich:

Erlangen: Ex Libris, Bismarckstr. 9

Fürth: Edelmann, Fürther Freiheit 2A

Nürnberg: Bahnhofsbuchhandlung / Rüssel,
im Frankenzentrum / Jakob, Hefnersplatz 8

→ um Schulden und Geld dreht, dass alle eure Berechnungen auf eine auskömmliche Existenz einem stabilen Euro und einer soliden staatlichen Schuldenwirtschaft geopfert werden, ist nicht zu übersehen. Die europäischen Politiker sagen auch ganz offen dazu, dass es dazu, den Leuten ihren Wohlstand zu kürzen, damit Spanien usw. wieder auf die Beine kommt, einfach keine Alternative gibt. Da könnte man sie doch einmal beim Wort nehmen: Ja, Spanien, Griechenland und alle anderen Nationen, das sind nichts als Kapitalstandorte, die ihren Erfolg auf die nützliche Armut der Masse ihrer Bevölkerung gründen; einen Erfolg, der sich in wachsenden Schulden und Geldvermögen und einer stabilen Währung bilanziert. Kapitalvermehrung und Wachstum des staatlich bilanzierten Geldreichtums, das ist der nationale Wohlstand, auf den es ankommt, dessen Mehrung zu fördern ist Ziel und Aufgabe der politischen Verwalter des Systems, etwas anderes hat man von diesen Gesellschaften also nicht zu erwarten. Ihr aber haltet die derzeitigen Verhältnisse offenbar bloß für eine *Übertreibung*, eine *Entgleisung* sozusagen, die eigentlich gar nicht sein müsste in diesem System. Ihr schreibt nämlich:

„Wir brauchen eine ethische Revolution. Anstatt das Geld über den Menschen zu stellen, sollten wir es wieder in unsere Dienste stellen. Wir sind Menschen, keine Waren.“

Wie kommt ihr denn auf „wieder“? Könnt ihr uns verraten, in welcher Sekunde der Geschichte des Kapitalismus das Geld je im Dienste des Wohlergehens der Menschen und ihrer materiellen Wohlfahrt gestanden hätte? Wie sollte so ein „Dienst“ auch aussehen? Etwa so, dass das Geld einen Boom auf dem spanischen Wohnungs- und Arbeitsmarkt veranstaltet, wo ihr euch krummgelegt habt für eine Wohnung und den zu bedienenden Kredit, euch abgestrampelt habt für irgendeinen meist schlecht bezahlten Job? Trauert ihr etwa die-

sen beschissenen ‚besseren Zeiten‘ nach, weil jetzt die Wohnung zwangsversteigert wird oder der Job weg ist? Dann liegt ihr verkehrt, denn gestern waren haargenau *dieselben* Systemzutaten mit haargenau den *gleichen* Rechnungsweisen in Kraft, wie sie heute, in Krisenzeiten, massenhaft Leute, die von ihrer Arbeit leben müssen, in den Ruin treiben. Ihr erlebt nichts als die unausweichliche Konsequenz von gestern, wo eure Perspektiven mit Wohnung und Job auch nichts anderes waren als Instrumente privater Eigentümer, mit euren Schulden oder eurer Arbeit ihr Geldvermögen zu vermehren. Arbeiten für Geld, Wohnen nur, wenn man einen Bankkredit bedient oder Miete bezahlt, ein Bankwesen überhaupt, usw. usw. – das gehört zum bleibenden Inventar einer kapitalistischen Wachstumsmaschine und stiftet die alltäglichen Notlagen für die, die in diesen Verhältnissen ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen, der von der Bedienung all dieser Geschäftsrechnungen abhängt. Deswegen steigen im Krisenfall, wenn die ganzen Wachstumsansprüche der Wirtschaft nicht zur Zufriedenheit aufgehen, auch die Unkosten für all diejenigen, die vom Dienst an diesen Ansprüchen leben.

Eure Not von heute beweist also etwas ganz anderes als eine „ethische Verantwortungslosigkeit“. Sie beweist, welche armseligen und prekären Rechnungen ihr gestern *mit* dem kapitalistischen System eingegangen seid. Und sie beweist überhaupt nicht, dass in der Krise jetzt der „Missbrauch“ des Geldes eingerissen wäre und die Macher des Systems ihrer „Verantwortung“ nicht gerecht würden, wie ihr in eurem Manifest behauptet: Nicht einmal jetzt wollt ihr die Einrichtungen, die euch das Leben jetzt so schwer machen, angreifen; ihr bildet euch statt dessen ein, mit einer anderen, wie ihr meint, verantwortungsvolleren Einstellung seiner Agenten wäre der kapitalistische Laden für eure Lebensinteressen dienstbar zu machen – da könnt ihr lange warten, die Angesprochenen weisen euch doch unmissverständlich auf ihre nationale

Verantwortung hin, die ihnen keine Alternative zu ihrem Verarmungsprogramm lässt.

In eurem Manifest fordert ihr *öffentliches* Eigentum anstelle von Privatisierung – das soll es bringen, wo euch gerade die öffentliche Gewalt als Arbeitgeber, Rentenverwalter oder Steuereintreiber das Leben schwer macht? Ist es euch nicht zu bescheiden, als Konsequenz von Zwangsräumungen und -versteigerungen empört *Mietbeihilfen* zu fordern – und gegen das Recht der Immobilieneigentümer, an den Wohnbedürfnissen ordentlich zu verdienen, kein böses Wort zu verlieren? Ist es nicht jämmerlich, die *Verstaatlichung* von Banken zu fordern – also ihre staatlich betreute *Sanierung*, damit dann nach der Krise ihre Kredit- und Spekulationsgeschäfte wieder erfolgreich losgehen? Habt ihr denn nicht mehr zu fordern als *Arbeitsplatzsicherheit*? Die ganze Hoheit über die Arbeit soll bei den Herren Arbeitgebern bleiben – sie sollen euch nur ganz bestimmt in den bezahlten Dienst an ihrem Eigentum nehmen! Ein sehr bescheidener Antrag, der überhaupt nur *im Vergleich* einen Vorteil bietet – zur einzigen Alternative nämlich, die das marktwirtschaftliche System für Arbeitnehmer bereithält: dem Elend der Arbeitslosigkeit.

Eine eurer prominentesten Parolen lautet:

„Wir sind keine Systemfeinde – das System ist uns gegenüber feindlich.“

Die zweite Hälfte verstehen wir als eine Zusammenfassung eurer Beschwerden über Entlassungen, Lohnsenkungen, Rentenstreichung, Steuererhöhung, Zwangsversteigerungen usw.: Darüber also, dass euch die politischen Verwalter des Systems mit ihrer öffentlichen Gewalt rücksichtslos eure Lebensverhältnisse kündigen, damit private Geldvermögen gerettet werden und die Nation kreditwürdig bleibt. Umso weniger verstehen wir die erste Hälfte: Wieso besteht *ihr* darauf, keine Gegner dieses euch so feindlich gesinnten Systems zu sein, sondern

„Normale Menschen. Wir sind Menschen, die jeden Morgen aufstehen, um studieren zu gehen, zur Arbeit zu gehen oder einen Job zu finden, Menschen mit Familien und Freunden, Menschen, die jeden Tag hart arbeiten, um denjenigen, die uns umgeben, eine bessere Zukunft zu geben.“

Ausgerechnet so eröffnet ihr eurer Manifest! Mit der demonstrativ zur Schau getragenen *Bereitschaft*, in diesem System als nützliches Rädchen mitzuarbeiten. Die Kommandeure pfeifen auf eure Dienste und lassen euch für die Systemschulden zahlen, und ihr kommt ihnen damit, dass *ihr* die Mitarbeit am System deswegen noch lange nicht kündigen wollt! Ausdrücklich wollt ihr keine Gegner dieser Verhältnisse sein, pocht stattdessen mit eurer „Normalität“ darauf, dass ihr als anständige Menschen es eigentlich nicht *verdient* hättet, von euren Herren so schäbig behandelt zu werden, seid am Ende enttäuscht und empört über diejenigen, die euch kaltlächelnd euer Auskommen zusammenstreichen.

Mit dieser Empörung und Enttäuschung haltet ihr unerschütterlich an der Illusion fest, das System von Demokratie und Marktwirtschaft hielte letztlich doch irgendwie eine Lebensperspektive für Leute wie „*dich und mich*“ bereit. Damit verschafft ihr euch allenfalls das schöne Gefühl, als gute Menschen moralisch Recht zu behalten gegenüber den schlechten Repräsentanten des verkommenen Systems.

*

Dieser Protest hat eine Bibel, das 2010 erschienene, millionenfach verkaufte 14-seitige Pamphlet „*Empört euch!*“; ihr Evangelist und Prediger ist der französische Résistance-Veteran Stéphane Hessel. Zahlreichen Protestierenden muss diese Schrift dermaßen gefallen haben, dass sie sich gleich „*die Empörten*“ nennen: Sie meinen tatsächlich, dass die öffentlich vorgetragene moralische Entrüstung, die zur Schau getragene *Betroffenheit* eine Trumpfkarte ihres Protests wäre, weil sie sich mit ihren bescheidenen Forderungen nach Wohnen und Arbeiten, ihrer unbedarften staatsbürgerlichen Haltung absolut *im Recht wähnen*: Eigentlich wäre ihnen das in den Grundrechten des herrschenden Systems versprochen, beteuern sie und deuten die schönen Ideale guten Regierens als eine einzulösende Pflicht einer Herrschaft, die ihnen zwar praktisch das Gegenteil beweist, bei der sie aber trotzdem Gehör zu finden hoffen.

Von der Kanzel der moralischen Empörung herab predigt auch St. Stéphane. Seine Liste der *Misstände* liest sich in etwa genau so wie die der jungen Empörten, die in Madrid oder Athen auf die Straße gehen: die Streichung der „*sozialen Er rungenschaften*“, die unwürdige Behandlung der Immigranten, die private Geldbereicherung, der „*Vorrang des Geldes*“ über die „*gerechte Verteilung des Reichtums*“, „*der Abstand zwischen den Ärmsten und den Reichsten, der noch nie so groß war wie heute*“, die „*aktuelle Diktatur der Finanzmärkte, die den Frieden und die Demokratie bedrohen*“ und dergleichen mehr. Nur: Wo sich die Demonstranten wegen ihrer materiellen Belange aufstellen, da stellt Hessel die Sache auf den Kopf: Er fordert die Jugend zur Empörung auf, weil er die materiellen Nöte der Leute wie vieles andere als Beweis für einen Notstand und einen Geschädigten anderer, höherer Art begreift. Die Protestnoten, welche die Empörten auf den Straßen *ihrer geschädigten Interessen wegen* vortragen, sind bei Hessel *Symptome* eines empörenden Gesamtzustandes, in dem sich seine *République* befindet. Die macht er als eine bedrohte sittliche Gemeinschaft vorstellig, die es

zu retten gilt. Hier meldet sich ein Mahner, der von tiefer Sorge um das gute Erbe seiner *Grande Nation*, das er an verantwortlicher Stelle mit gestiftet hat, getragen ist, und das stilisiert er sich so zurecht:

„*Erinnern wir uns, dass die soziale Sicherheit im Sinne des Widerstands begründet wurde, mit dem Ziel, allen Menschen das Grundbedürfnis nach materieller Sicherheit zu gewährleisten. Ganz besonders zu Zeiten, in denen sie nicht oder nur unzureichend aus eigener Kraft für ihr existenzielles Überleben sorgen können. Eine Rente, die allen Arbeitnehmern einen würdevollen Lebensabend sichert. Die Energiequellen Strom und Gas, die Kohlebergwerke, die großen Banken sind nationalisiert. Das Programm (des damaligen Rates des französischen Widerstands von 1944; d.V.) empfiehlt die ‚Rückkehr zur Nation der großen monopolistischen Produktionsmöglichkeiten, Frucht der gemeinsamen Arbeit, der Energiequellen, der Bodenschätze, der Versicherungen und großen Banken, die Einrichtung einer wirklich wirtschaftlichen und sozialen Demokratie.‘*“

Die Restaurierung der vom Krieg zerstörten Nation, ihre Herrichtung zum erfolgreichen Kapitalstandort mit allen sozialen Einrichtungen, die eine auch auf Dauer rentable Benutzung der arbeitenden Klasse braucht, verkündet Hessel zum Vorhaben, alle Franzosen von materiellen Sorgen zu befreien, sie so in einer Republik zu vereinen, die ein einziger Hort praktizierten französischen *Gemeinsinns* ist und die sie daher mit Recht als ihre *wahre Heimat* auffassen können. Dieser große Patriot hat selbst hingebungsvoll mitformuliert an der Überhöhung des postfaschistischen Staatsprogramms und an den Idealen demokratischer Herrschaft in der UNO-Menschenrechtskonvention von 1948. Jahrelang hat er seinen Landsleuten den Sieg über den deutschen Faschismus und die nachfolgende Etablierung der neuen französischen Herrschaft als nationale Verpflichtung gegenüber hehren *Idealen und Werten* der Menschheit verkauft hat und von Frankreich auf seinem Weg „*zum demokratischen Staat in seiner Vollen dung*“ – und jetzt, wo er in Gestalt von Arbeitslosigkeit, Rentenkürzung, Verelendung der Jugend, Privatisierung der erfolgreichen französischen Konzerne mit den Ergebnissen des 65-jährigen Wirkens dieser schönen Demokratie konfrontiert ist, ordnet er die in sein patriotisches Weltbild ein und ist radikal enttäuscht: Diese großartige Nation hat sich von sich selbst entfremdet, so, wie sie aktuell verfasst ist, können Franzosen sich in ihr unmöglich gut beheimatet finden! So werden die Vielen, die sich über die Durchkreuzung ihrer Lebenschancen empören, in ihrem *Fehler* bestätigt. Von genau denen, denen sie ihr Elend zu verdanken haben, wünschen sie sich Verhältnisse, mit denen sie sich ihre Besserstellung ausrechnen: Für ein auskömmliches Leben in der Klassengesellschaft zu sorgen, fällt in ihrem unverwüstlichen Glauben ja genuin in den Zuständigkeitsbereich demokratischer Herrscher, also sollen die auch endlich ihrem Auftrag nachkommen. Für den französischen Großmoralisten ist dieser Auftrag dem neuen Frankreich gleich bei seiner Geburt mit auf den Weg gegeben worden, so dass für ihn Franzosen nicht in ihren beschädigten Interessen einen Grund zur Empörung haben. Der Umstand, dass *ihr Vaterland* es so weit hat kommen lassen, dass ein Humanist, der nichts begreifen will, an ihm verzweifelt, ist für ihn der *Generalgrund* für Empörung. Seinen jungen Landsleuten ruft er daher „*Empört Euch!*“ zu und versichert ihnen, dass sie dann, wenn sie nur suchen, die Gründe ihrer Empörung ganz bestimmt finden werden – und

auch, welche Konsequenz daraus folgt:

„*Den jungen Leuten sage ich: schaut Euch um, ihr findet genug Themen, Euch zu empören – wie man mit den Immigranten umgeht, mit Menschen ohne ‚juristische Legitimation‘, mit den Roma und Sinti. Ihr werdet konkrete Situationen finden, die Euch zu kraftvollem Handeln als Bürger veranlassen werden. Sucht und ihr werdet finden!*“

Die Empörung, die Hessel einfordert, zielt also ausdrücklich nicht auf eine Absage, sondern auf eine verantwortungsvolle Haltung, die anständige französische Bürger angesichts des Zustands ihres Landes einzunehmen hätten, auf ein „*kraftvolles*“ staatsbürgerliches Engagement, das sich der Nation als sittlichem Kollektiv verpflichtet weiß. Werdet radikal – aus Sorge um euer Vaterland!

*

Zwei haben sich jedenfalls schon mal gefunden: Auf der einen Seite viele junge Menschen, die sich weigern, der beschissenen Lage, an der sie Anstoß nehmen, auf den Grund zu gehen und daher Kritik durch Alternativvorschläge ersetzen, wie Demokratie und Kapitalismus doch auch gut zu ihrem Vorteil regiert werden könnten. Und ein Fundamentalkritiker auf der anderen Seite, der von vorneherein jeden materiellen Grund zur Kritik zum bloßen Anlass degradiert, sich in *der*

DISKUSSIONSVERANSTALTUNGEN IN NÜRNBERG

Für alle Interessierten bieten wir einen wöchentlichen Diskussionstermin an:

**Immer Dienstags, 20 Uhr,
Stadtteilzentrum Desi, Brückenstraße 23**

Themen unter: www.sozialistischegruppe.de

Empörung Luft zu verschaffen, auf die er als Patriot sich versteht, und darin die Perspektive für eine Generation sieht, die für ihr Auskommen keine mehr hat. Als gute Bürger sollen die Jungen den nationalen Gemeinsinn repräsentieren, der den Regierenden abgeht, und können sich – und sollen sich vor allem auch – bei allem, worüber sie sich empören, in einem sicher sein: Insofern sie sich nur nach Maßgabe all der idealen Prinzipien, denen nach Auffassung guter Menschen das Gemeinwesen verpflichtet ist, um *dessen* sittliche Vervollkommnung bemühen, ist ihre Empörung *absolut gerechtfertigt*. Nicht zufällig spricht der Mann damit vielen aus dem Herzen, die Grund haben, aufzubegehren, das aber so verkehrt tun. Zwar ist das Gefühl, *unbedingt im Recht* zu sein, der *einzig* Ertrag, den eine symbolträchtige Versammlung von ihrer Regierung enttäuschter Bürger vor Parlamenten oder auf großen Plätzen abwirft. Aber insofern die derart Empörten das gar nicht als Mangel ihres Protestes, vielmehr umgekehrt ihr massenhaftes Versammeln schon als dessen Erfolg begreifen, haben sie in den Herzensergießungen eines missionierenden Vaterlandsliebhabers ihre goldrichtige „*Bibel*“ gefunden: Sie deuten auf ihre elende Lage und landen mit ihrer Kritik bei der Beschworung eines Idealbilds von Demokratie, der so ein Elend doch fremd zu sein habe – und bekommen von einem Missionar des Sich-Empörens gesagt, dass ihr alberner Idealismus die einzig senkrechte Antwort auf ihre Lage ist, weil nämlich die Demokratie grundsätzlich als Verfahren zur Fürsorge für die eingerichtet wurde, um deren Lebensglück es notorisch schlecht bestellt ist. ●

Karl Marx

Was man von ihm über den Kapitalismus lernen kann

An deutschen Universitäten gehört es sich, dass man sich gelegentlich an den Theoretiker des 19. Jahrhunderts erinnert, dessen Gedanken einmal die Welt bewegt haben, der heute aber ein „toter Hund“ ist. Auch er gehört irgendwie zum Bestand des geistesgeschichtlichen Erbes; jedenfalls wird er in es eingemeindet – und zwar als ein Großer: ein großer Philosoph zum Beispiel, der es nach Hegel noch einmal geschafft hat, dialektisch zu denken; ein großer Soziologe, der ein System gebastelt hat, in dem die Gesellschaft von der materiellen Basis bis zum Überbau der Religionen und Ideen auf ein Prinzip gebracht ist; ein großer Prophet, der die Globalisierung früh vorausgesehen, ein großer Utopist, der sich eine schöne bessere Welt ausgedacht hat – und so fort.

Dass der Alte selbst, wenn er gefragt würde, nichts von dem genannten Großen vollbracht haben wollte, ja sich dieses Lob verbitten würde, kann seine geistesgeschichtlichen Freunde nicht bremsen. Sie haben ihm sogar den Umstand, dass er Kommunist gewesen ist, verziehen, rechnen ihm diesen Fehltritt jedenfalls nicht mehr als gravierenden Einwand vor. Er selbst sah seine Leistung einzig und allein in dem, was der Untertitel seines theoretischen Hauptwerkes ankündigt: in der „Kritik der politischen Ökonomie“ des Kapitalismus. Marx war, wenn irgendetwas, Ökonom – ausgerechnet die Wirtschaftswissenschaften allerdings haben keine gute Erinnerung an seine theoretischen Leistungen, ja eigentlich überhaupt keine. Kein Wunder. Schließlich hat er nicht nur die menschenfeindliche und absurde Rationalität des Wirtschaftssystems aufs Korn genommen, das sie so vernünftig finden, er hat auch ihre ver-

ständnisvollen Theorien darüber widerlegt.

An dem Kapitalismus, den Marx in der Phase seines Entstehens analysierte und kritisierte, hat sich seit seinen Tagen dies und das, aber nichts Wesentliches geändert: Immer noch ist die Vermehrung des Geldes der beherrschende Zweck, für den gearbeitet wird – und das ist keineswegs ein geschickter Umweg zur Befriedigung der Bedürfnisse; noch immer sind die arbeitenden Menschen Kostenfaktor, also die negative Größe des Betriebszwecks; noch immer findet die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, also der größten Quelle des materiellen Reichtums, ausschließlich statt, um Löhne zu sparen und Arbeitskräfte zu entlassen – also um den Arbeiter ärmer zu machen.

Wegen dieser Aktualität und nur wegen ihr verdient es der längst verblichene Denker, dass man sich seiner erinnert. Seine Bücher helfen, die ökonomische Wirklichkeit auch heute noch zu erklären. Das soll auf unserem Diskussionstermin anhand von Originalzitataten, die auf www.sozialistischegruppe.de einsehbar sind, gezeigt werden. Anzukündigen sind also einführende Argumente zur Kritik des Kapitalismus, wie sie dem Studium von „Das Kapital“ zu entnehmen sind, sowie ein paar ungewohnte Gedanken über Arbeit und Bedürfnis, Geld und Nutzen, Kapital und Arbeit, materiellen und kapitalistischen Reichtum sowie über den Gegensatz zwischen diesen Paaren, die unsere heutige Welt beinahe für Synonyme hält.

**Freitag, 28. Oktober 2011, 18 Uhr
Sprecherrat (1. OG), Turnstr. 7, Erlangen**

Das „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ Mit dem Jobwunder aus dem 1-Euro-Job-Gefängnis

Die deutsche Öffentlichkeit meldet interessante Erfolge: Ein „Jobwunder“ hat die Beschäftigtenzahlen steigen lassen wie lange nicht mehr, die Arbeitslosenzahl ist unter die „magische Marke“ von drei Millionen gefallen – und die Löhne sind flächendeckend gesunken:

„Vor allem im Niedriglohnssektor wird weniger verdient als vor zehn Jahren – der Abschlag beträgt 16 bis 22 Prozent.“ (Welt, 20.7.)

Wachsende Beschäftigung bei gleichzeitig wachsender Armut – drei Viertel der neuen Stellen sind „atypische“ Niedriglohnarbeitsplätze – ist für die deutsche Arbeitsministerin eine einmalig günstige Konstellation:

„Von der Leyen: Jetzt Menschen in richtige Jobs bringen“ (BfAS, 25.5.) bzw. „Raus aus den Warteschleifen!“ der staatlichen Arbeitsmarktprogramme (28.7.).

Diese viel versprechende Lage will genutzt sein: Fünf Millionen arbeitsfähige Hartz-IVler raus aus dem „künstlichen“ in den echten Nied-

riglohnssektor! Wenn man es so weit gebracht hat, dass Arbeitssuchende auf dem „ersten“ Arbeitsmarkt mit mies bezahlten Jobs zufrieden sein müssen, dann dürfte es doch endlich möglich sein, die Kosten für die staatliche Armenpflege radikal zu kürzen. Mit jedem Menschen, der seine „Grundsicherung“ von einem Unternehmer erhält, entfällt ein Kostenfaktor für den Staat, und außerdem kann man sich die vielen teuren, der Pflege der Arbeitsfähigkeit dienenden „Maßnahmen“ sparen und die Schwerpunkte anders setzen. Das „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen“ setzt diese Diagnose der Lage in eine radikale Therapie des Umbaus aller „Förderinstrumente“ um:

„Die aktive Arbeitsmarktpolitik wird stärker auf ihr eigentliches Ziel ausgerichtet: das schnelle und effiziente Vermitteln in den ersten Arbeitsmarkt... Oberstes Kernziel ist und bleibt der weitere Abbau der Arbeitslosigkeit. Wir wollen den Aufschwung nutzen, um Menschen aus der Arbeitslosigkeit ver-

stärkt in richtige Jobs zu bringen ... Jeder Tag, den Arbeitssuchende früher auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Stelle finden, nutzt der Wirtschaft und spart dem Steuer- und Beitragszahler bares Geld.“

Frau von der Leyen nimmt den Aufschwung am Arbeitsmarkt mittels des erfolgreich ausgebauten Niedriglohnssektors als Gelegenheit, den regierungsamtlichen Auftrag zur Schuldensenkung in Angriff zu nehmen. Dieser Erfolg nämlich macht die Ministerin anspruchsvoll: Die Gesetzesänderungen zeigen unverblümt, dass man im Arbeitsministerium von einem Kapitalinteresse an noch mehr Billigarbeit ausgeht und auch davon, dass die bisherigen staatlichen Arbeitsmarkt-Instrumente das nicht befördern, das heißt nicht ausnutzen, um Arbeitslose loszuwerden. Unter dem unbedingten „Vorrang der Integration“ in den wachsenden Niedriglohnssektor werden ganze Programme als überflüssig, kontraproduktiv und in großen Teilen als ein einziges Hindernis für das „Kernziel“ eingestuft.

Das „am häufigsten genutzte Förderinstrument“, der Ein-Euro-Job, kostet am meisten – im Jahr eine Milliarde Euro – und bringt kaum Leute in richtige Jobs. Das will die Ministerin nicht mehr dulden: Sie hält es für grundverkehrt, Arbeitsplätze zu subventionieren, die – durch staatliche Programme! – die Leute letztlich von der Arbeit fernhalten:

„Ein-Euro-Jobber haben in der Zeit ihres Einsatzes geringere Beschäftigungschancen ... Häufig sind sie geradezu gefangen in ihrer Situation, vom sogenannten Einsperreffekt wird gesprochen.“ (EinglG)

Das ist schon interessant: Galten die Ein-Euro-Jobs früher als ziemlich anrühige Tour des Sozialstaats, die Leute mit einfacher Arbeit in irgendwelchen Beschäftigungen unterzubringen und ihnen dafür so gut wie nichts zu bezahlen, so werden diese Jobs heutzutage als Verwendungsweise von Arbeitslosen betrachtet, die sie aus dem ersten Arbeitsmarkt, vom echten Arbeitsleben fernhält. Das schärft zum einen den kritischen Blick auf das bisschen Geld, das die Hartzler kriegen, zum anderen kriegen die Recht, die darin eine unmarktwirtschaftliche Verwendung dieser Leute entdecken, nämlich die Wirtschaftsverbände: Die kritisieren schon seit Längerem, dass zwei Drittel der Kosten an die gemeinnützigen, sonstwie sozialen und manchmal obskuren Träger der Maßnahmen gehen. Der Bundesrechnungshof deckt auf, dass durch dermaßen subventionierte Jobs und Fördermaßnahmen glatt Beschäftigungsgemeinschaften ausgehebelt werden, die in den Tariflohnbereich gehören. Die Arbeitsministerin ihrerseits sieht sich von falschen Nutznießern mit ihren zweckwidrigen Kalkulationen getäuscht, wenn nicht sogar betrogen:

„Nicht selten wurde Förderung zweckwidrig eingesetzt ... weniger mögliche Rückkehrperspektiven der Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt im Fokus, sondern der Erhalt gemeinnütziger Strukturen und kommunaler Angebote.“ (EinglG).

Weil der „Einsperreffekt“ solcher „sinnloser Förderketten“ die Betroffenen daran hindert, sich den echten Billiglohnarbeitsplätzen zur Verfügung zu stellen, dürfte es mit dieser speziellen Sorte des Ausnutzens von Armut gerechterweise fürs erste wohl vorbei sein. Dieses Privileg steht prinzipiell dem Kapital zu, das aus Armut Profit und Wachstum zu machen versteht – das Kernziel jeder Arbeitsmarktpolitik. ●